

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Berger.

Bezugspreis:

Einzelheft wöchentlich 5 Pfennig. — Preis: Bei der Post gefordert
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
3.20 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., Reklame-
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 202.

Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 30. August 1919.

Jahrgang 1.

Ein erfreulicher Anblick ist es nicht, dies Loben und Zanken, dies Kochen und Ausprobieren unfertiger Gedanken im neuen Deutschland. Aber wir sind nun einmal das leidenschaftlichste aller Völker, obgleich wir uns selbst jocht Hegematischer halten; anders als unter trampfartigen Zudungen haben sich neue Ideen bei uns noch nie durchgesetzt. Gehe Gott, daß wir aus der Gärung und dem Unmut dieser ruhelosen Jahre eine strengere Auffassung vom Staate und seinen Pflichten, ein geträufeltes Nationalgefühl davontreiben.

Heinrich von Treitschke (1879).

Die Beschaffung von Siedlungsland.

Von Geheimrat Prof. Dr. M. Sering.

Von fünf Deutschen sind jetzt mindestens drei Städter und einer Großstädter. Schon daraus ergibt sich das Künstliche unserer Entwicklung. Der jährliche Einfuhrüberschuß an Nährstoffen für Menschen, Tiere und Pflanzen schwoll auf mehr als 2 Milliarden Mark dem Werte nach an. Das Gleichgewicht zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Produktion ging verloren, die Landwirtschaft selbst geriet in scharfe Abhängigkeit vom Auslande. Eine wahre Landflucht entzündete das Gebiet der großen Güter von der Elblinie an östlich, so daß es in den meisten Bezirken jetzt weniger Einwohner zählt, als im Jahre 1871. Nur mit Hilfe von fast einer halben Million Polen und Ruthenen ermöglichten es die Großbetriebe noch, intensiv zu wirtschaften. Aber die Mehrzahl der großen Güter blieb aus Mangel an Menschen weit zurück hinter dem technisch erreichbaren Maximum der Bodenenerträge. Das gleiche gilt für einen Hauptteil der Großbauerngüter, so daß über die Hälfte der deutschen Anbaufläche ungenügend mit Arbeitskräften ausgestattet und außerstande ist, mit eigenen Mitteln produktiv genug zu wirtschaften.

Der Friedensvertrag hat alle unsere Lebensbedingungen verändert. Drei Viertel unserer Eisengewinnung und ein Drittel unserer Kohलगewinnung sollen uns mit Lotfringen, dem Saarrevier und Oberschlesien entzogen werden — unsere stolze Industrie ist entzweit. Ebenso wird unser Kalimonopol zerstört. Unsere Kapitalkraft ist vernichtet, unser Handel zerschüttelt, die Kolonien sind uns genommen. Große Lasten drohen uns.

Da gibt es für uns nur einen Weg zur Wiederaufbau: die Kolonisation des eigenen Landes. Wir müssen wieder mehr zu einem Agrarvolk werden und unsere Siedlungen dezentralisieren. Was wir an äußerem Glanz des Lebens einbüßen, werden wir an Gesundheit des Leibes und der Seele, an innerer Kraft und ruhiger Sicherheit des nationalen Lebens gewinnen. Wir werden und müssen das Gleichgewicht von Industrie und Landbau herstellen, die bisher von außen bezogenen Bodenenergie der gemäßigten Zone im eigenen Lande erzeugen, und zwar mit den Arbeitskräften der eigenen Volksgemeinschaft.

Im Mittelpunkt dieser Aufgabe steht die Massenbegründung neuer selbständiger, d. h. für den Absatz arbeitender, spanns- und maschinenfähiger Bauerngüter, die ihre Wirtschaft mit den Kräften der eigenen Familie führen. Den kleinbäuerlichen Betrieben stehen im Durchschnitt zwei bis viermal soviel Arbeitskräfte auf der Fläche ein, wie in der großbäuerlichen Wirtschaft. Sie sehen auch mittelbar viel mehr Menschen durch Handwerk und Industrie in Brot, weil sie wie mit Personal, so mit Vieh, Gerät und Gebäuden am reichsten ausgestattet sind; nur mit ihrer Hilfe wird sich deshalb auch die erwünschte Dezentralisation der gewerblichen Bevölkerung vollziehen können. An die kleinbäuerlichen Betriebe gliedert sich überall leicht und nach Maßgabe der Nachfrage eine hochstehende Landarbeiterschaft, weil solche Agrarverfassung jedem Tüchtigen die Möglichkeit des Aufstiegs zu ökonomischer Unabhängigkeit eröffnet. Die selbständige Kleinbauernwirtschaft muß vor allem deshalb den Typus des Kolonistengutes bilden, weil sie sich als die produktivste, leistungsfähigste Betriebsform erwiesen hat, die alle andern, und zwar in allen Kulturländern allmählich mehr und mehr Raum abgibt. Sie verbindet Arbeitgeber und Arbeiter durch den Kommunismus der Familie zu einer Interessengemeinschaft, deren Kraft des Zusammenhalts und Einheitlichkeit der Zielsetzung durch keinerlei noch so raffinierte Lohnmethoden oder gar durch Produktionsgenossenschaften erreicht werden könnte. Die liebevolle Sorgfalt der Arbeit auf dem genau zu übersehenden Arbeitsfelde, die elastische Anpassung an die oft von Grundstück zu Grundstück wechselnden Produktionsbestrebungen befähigen den kleinbäuerlichen Betrieb dazu, die höchsten Erträge an Pflanzen und Tieren von der Flächeneinheit hervorzubringen. Es bedarf nur der gut organisierten, bisher besonders in Ostdeutschland aber sehr unvollkommen durchgeführten Unterteilung, der Förderung durch eine großzügige staatliche Produktionspolitik und genossenschaftlicher Ergänzungen, um alle technischen Errungenschaften dem familienhaften Betriebe nutzbar zu machen.

Die im Laufe der nächsten zwanzig Jahre notwendige Verdoppelung der dem Boden abzugewinnenden Nährwerte muß durch allgemeinen Übergang zu intensiver Fruchtwechselwirtschaft mit starkem Hackfruchtanbau bewirkt werden, und dieser Übergang kann nicht anders als durch Begründung von Hunderttausenden von Kleinbauernstellen vollzogen werden. Die im Großbetrieb vollkommene Ausnutzung der Spezialmaschinen fällt gegenüber der in der intensiven Wirtschaft entschieden größeren Sorgfalt der Arbeit wenig ins Gewicht und gewährt für die Hackkultur überhaupt keinen Vorsprung. Doch paßt die reine Familienwirtschaft nicht auf jeden Boden. Ganz schwerer Boden verlangt mehr Spannkraft, als der normale Anbauer zur Verfügung hat, und größerer Betriebskapital. Dort findet der intensive Mittel- und Großbetrieb die richtige Stätte, wie umgekehrt auf ganz leichtem Boden meist eine sehr extensive Kultur auf größerer Fläche zweckmäßig ist. Aber diese größeren Wirtschaften müssen sich in und zwischen vollreichlichen Dorfschaften einleiden, wenn ihnen die nötigen tüchtigen Arbeitskräfte sicher zur Verfügung stehen sollen. So ist das Ziel — schon rein produktionsstechnisch betrachtet — nicht eine vollkommene Gleichmacherei, sondern die Herstellung einer gemischten, wenn auch mehr ausgeglichenen Besitzverteilung.

Aus solchen Erwägungen ist der von mir entworfene Siedlungsplan hervorgegangen, dem nach eingehenden Beratungen mit allen beteiligten Kreisen und Zentralbehörden die deutschen Bundesregierungen ihre Zustimmung erteilt haben. Es handelt sich zunächst um den Ausbau der vorhandenen Landgemeinden, wenn sie nicht schon dicht genug besiedelt sind, wie in den Kleinbauerngebieten am Mittel- und Oberrhein mit ihren Nebenflüssen, in Franken und Thüringen. Dieser Aufgabe dient ein Vorkaufsrecht der schon überall bestehenden gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen für alle Grundstücke mit 20 Hektar und mehr landwirtschaftlichen Bodens. Nach den Aufzeichnungen über den Umfang des Besitzwechsels ist anzunehmen, daß mit Hilfe des Vorkaufsrechts im Laufe der nächsten zwanzig Jahre gegen 4 Millionen Hektar Kulturland erfährt werden können, um darauf kleinbäuerliche Anwesen und Arbeitsstellen zu begründen.

Aber es gibt im Deutschen Reich noch weite zusammenhängende Flächen, die Raum genug für die Begründung von vielen Tausenden neuer Landgemeinden bieten. Wissenschaft und Technik haben sichere Wege gewiesen, um die umfangreichen Moor- und Südländereien in fruchtbare Acker, Wiesen, Weiden und Gärten zu verwandeln. Sie werden im großen entwässert und, wo notwendig, mit Bewässerungseinrichtungen versehen, ebenso im großen mit Maschinen kultiviert, aber im kleinen durch selbständige Siedler bewirtschaftet. Bekanntlich liegen große Hochmoore besonders im Flußgebiet der Ems und Weser, in Ostfriesland, Oldenburg usw., daran schließen sich weite Südländgebiete in den diluvialen Geestlandschaften, die sich von Schleswig-Holstein durch das Lüneburgerische bis zur holländischen Grenze ziehen. Mit Niederungsmooren ist fast ganz Norddeutschland durchsetzt; vor den Toren Berlins liegen Zehntausende von Hektaren besten Bodens noch fast unbenutzt. Mindestens eine Million Menschen können auf den bisher unbewirtschafteten Moor- und Südländflächen ihr reichliches Auskommen finden.

Das neue Gesetz bietet den öffentlichen Siedlungsunternehmungen starke Handhaben, um solch unbewirtschaftetes Land im Wege der Enteignung an sich zu ziehen. Hier kommt der vom Bundesrat schon 1915 anerkannte Grundsatz zu erweiterter Anwendung, daß kein Eigentümer befugt ist, anbaufähiges Land dem Anbau zu entziehen. Die Gesamtheit nimmt es in Anspruch und entschädigt den Eigentümer nur für den Ertrag, den es in unverbesserterem Zustande (durch Torfnutzung, Brennkultur usw.) gewährt.

Zur Siedlung müssen ferner die menschenarmen landwirtschaftlichen Flächen der großen Gutsbezirke herangezogen werden. Mehr als neun Zehntel der Anbauflächen aller landwirtschaftlichen Großbetriebe des Deutschen Reiches liegen östlich der Elbe und in einem Übergangsgebiet in Mitteldeutschland (Provinz und Bundesstaat Sachsen, Anhalt, Braunschweig). Es ist, geschichtlich betrachtet, zugleich das klassische Kolonialland der Deutschen und das Gebiet der ehemaligen Gutsherrschaft. Denn seit dem Abschluß der Bauernkolonisation am Ende des 14. Jahrhunderts unterwarf sich die Ritterschaft die Bauernschaften und hat ihnen schweren Abbruch wie an ihrer Freiheit, so an ihrem ursprünglichen Besitzstande zugefügt. Auch nach Aufhebung der Gutsherrschaft, in der Vorbereitungszeit der Befreiungskriege gegen Napoleon I., sind durch die nach deren Abschluß einsetzende reaktionäre Gesetzgebung und durch die Landentschädigungen für die aus dem Titel öffentlicher Gewalt entstandenen (!) Grundbesitzerpflichtigen der Bauernschaft zugunsten der großen Güter noch gewaltige Flächen entzogen worden. Dieses historische Unrecht will das neue Gesetz wieder gut machen. Es nimmt die Befriedung des dritten Teiles der Gesamtsfläche der großen Güter innerhalb jedes der zu bildenden umfangreichen Siedlungsbezirke in Aussicht. Auf diese Weise werden im Laufe der Zeit 2,1 Millionen Hektar Kulturland für die Ansiedlung verfügbar werden, und zwar zu dem gemeinen Wert, welchen die Ländereien als Bestandteil der großen Güter unter Ausschaltung der aus dem Kriege erwachsenen außerordentlichen Wertsteigerung besitzen. Um einen so kräftigen Eingriff ohne Schädigung der produktiven Interessen zu ermöglichen und die Grundbesitzer selbst in den Dienst des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft zu stellen, faßt das Gesetz die Eigentümer der großen Güter zu öffentlichen Selbstverwaltungskörpern, sogenannten Landlieferungsverbänden zusammen. Sie sind verpflichtet, den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen Land nach Maßgabe der Nachfrage zu jenem billigen Preise zur Verfügung zu stellen. Dafür ist ihnen aber auch die Handhabung der Zwangsmittel anvertraut, die das Gesetz vorsieht: des Vorkaufsrechts und vor allem der Enteignung. Für ihre Landerwerbs- und Enteignungspolitik gibt das Gesetz gewisse Richtlinien, die dafür sorgen, daß wirtschaftlich und sozial vorbildliche Mustergüter erhalten bleiben, für Siedlungszwecke dagegen in erster Linie solche ergriffen werden, welche besonders schlecht bewirtschaftet sind, von Kriegsgewinnlern erworben wurden, als Spekulationsobjekt im Markte schwammen, zu Latifundien (mehrere große oder kleine Wirtschaften in einer Hand) gehören usw.

Weitere Vorschriften sorgen für glattes Zusammenarbeiten der Landlieferungsverbände und gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen. In der Neumark, in Vorpommern und Schleßen haben angelegene Gutsbesitzer mit bestem Erfolge Aufrufe erlassen und Umfragen veranstaltet, um die freiwillige Hergabe des nötigen Siedlungslandes herbeizuführen. So erscheint die Hoffnung berechtigt, daß die Umgestaltung der östlichen Agrarverfassung sich ohne zu große Reibungen vollziehen und den Ansiedlern die schwer zu entbehrende freundliche Hilfe der Gutsbesitzer nicht fehlen werde.

Die Staatsdomänen müssen zu besonders niedrigem Preise (Ertragswert unter Ausschaltung der Konjunktur) den Siedlungsunternehmungen jeweils nach Ablauf der Pacht angeboten werden, wenn ihre Erhaltung als Großbetrieb nicht im öffentlichen oder volkswirtschaftlichen Interesse liegt. Bestellt kommen sie auf das zu liefernde Land Drittel in Anrechnung. Ebenso die von Privaten ohne Vermittlung der gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen begründeten Ansiedlerstellen, und die vorausichtlich bedeutenden Flächen, die in Anrechnung auf die aufzuwerlegenden außerordentlichen Vermögensabgaben von Gutsbesitzern für Siedlungszwecke ohne Entgelt hergegeben werden.

Wenn das ganze Werk vollendet ist, wird der große Gutsbetrieb noch immer eine sehr erhebliche Bedeutung besitzen, etwa ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Ostens, statt wie bisher zwei Fünftel umfassen, in manchen Landschaften, wie in Mecklenburg, noch erheblich mehr. Dabei werden die verbliebenen Güter nunmehr zwischen vollreichen neuen oder ausgebauten alten Siedlungen liegen und von dort die ihnen bisher fehlenden Arbeitskräfte beziehen können.

(„Das Neue Reich“ Nr. 12.)

Sozialer Mindestlohn.

Mindestlohn und begrenzte Höchstleistung.
Weite Kreise erwarten eine Steigerung unserer Produktion nur durch Wiedereinführung des Mindestlohns. Besonders der mehrheitssozialistische „Vorwärts“ hat sich zum Sprecher dieses Gedankens gemacht. In einem weiteren Artikel sagt nun der „Vorwärts“ seine Erwägungen dahin zusammen, wie man die Form des Mindestlohnes den sozialistischen Ansprüchen entsprechend gestalten könnte. Der Mindestlohn, schreibt er, dürfte nicht „Mordlohn“ sein. Daher müsse den Arbeitenden in jedem Falle ein Mindestlohn garantiert bleiben, den er ohne Rücksicht auf seine Arbeitsleistung erhalte. Ferner dürfe er über eine gewisse Höchstleistung, die in der gesundheitlichen Verfassung des Arbeiters ihre Grenze finde, nicht tätig sein.

„Praktisch ausgedrückt, würde die Forderung etwa lauten: Man lege als Mindestlohn etwa zwei Drittel des heutigen Zeitlohnverdienstes fest, steigere das Interesse an der Produktion durch gute Arbeitsprämien zunächst nur soweit, daß insgesamt etwa ein Drittel mehr verdient werden kann als heute. Lieber diese Grenze hinaus gebe man keine Prämie. Der Erfolg wäre, daß die Arbeiter nicht dazu veranlaßt wird, die Höchstleistung zu überschreiten. Um zu verhindern, daß selbst bei dieser Art der Mindestlohnarbeit gesundheitliche Schäden für die Arbeiter zutage treten, könnte festgelegt werden, daß jeder Betrieb einen Arzt zu besolden hat, der von den Arbeitern zu wählen ist, und dessen Aufgabe es ist, in periodischen Zeitabständen, etwa alle 14 Tage, den Gesundheitszustand der Arbeiter zu untersuchen. Er hätte einzuschreiten, sobald sich gesundheitliche Schäden zeigen. Die Wahl des Arztes durch die Arbeiter würde dann verhindern, daß der Arzt ebenso zu einem blinden Instrument der Unternehmer wird, wie etwa die fußschreibenden Stabsärzte es zum großen Teil für den Militarismus waren. Eine Erhöhung der höchst erreichbaren Lohnsätze dürfte nur mit Zustimmung der gesamten Arbeiterchaft des Betriebes möglich sein.“

Der erhöhte Produktivität dürfte aber, fährt der „Vorwärts“ fort, nicht zur kapitalistischen Ausnutzung der Arbeiter durch den Unternehmer führen. Daher müßte der Betrieb, der um die Erlaubnis nachjagt, den Mindestlohn einzuführen, gleichzeitig den Arbeitern gegenüber die Verpflichtung eingehen, daß er die Ausschüttung von Gewinnen in jeder Form auf einen bestimmten Prozentsatz beschränkt, der heute etwa fünf bis sechs Prozent betragen dürfte. Die Uebergewinne könne man dann zu Wohnungsbauten oder für irgendeine andere Form des Gemeinwohls verwenden.

Diese Vorschläge, die nur einen Rahmen zeichnen sollten, innerhalb dessen eine Prämienarbeit auch ohne rücksichtslose Ausbeutung des Arbeitnehmers, ja sogar ohne Schmälerung seines jetzigen Verdienstes und mit einem sozialistischen Endziel möglich ist, bedeuten natürlich, wie der „Vorwärts“ ausdrücklich betont, kein endgültiges Programm, immerhin sind sie beachtenswert und verdienen einer näheren Erörterung unterzogen zu werden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß ähnliche Erwägungen auch im Schoße der Reichsregierung gepflogen worden sind.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Unruhe hält an.

Es haben seit einiger Zeit keine Vandalenangriffe großen Stils stattgefunden, Unruhen und Verwicklungen ereignen sich jedoch noch immer. Die Gesamtlage erfordert, wie dies auch aus den Verflüssen

Was wird aus der evangelischen Kirche in Posen?

Ein Hilferuf aus der Provinz Posen an alle evangel. Glaubensgenossen.

Die evangelische Kirche im Posener Lande ist in Not!
Abgeschlossen von aller Welt bilden wir Evangelischen Posens mit sehnsüchtigen Augen jenseits der Grenze, über die kein Brief, keine Karte den Weg findet, ob wir vielleicht nicht doch gehört werden.

Evangelische Glaubensgenossen!

Hört den Hilferuf eurer Brüder; reicht hilfreich die Hand denen, die ihre Kirche und ihr evangelisches Gemeindeleben nicht aufgeben wollen, aber ohne euren Beistand verlieren werden!

Es ist nicht das erste Mal, daß die Evangelischen im Posener Lande die Liebe der Glaubensgenossen anrufen. Die Geschichte des Evangeliums in Posen weist der Fäden viele auf, die der gemeinsame Glaube hin und her gesponnen, auch über die Grenzen der Länder und Sprachen, bis nach der Schweiz und nach Holland, nach England und nach Schweden; sie weist der Kanäle genug auf, in denen zu allen Zeiten die Liebe aus der Nähe und Ferne den Bedrängten zufließte.

Nötiger denn je wird den Evangelischen in Posen Stärkung und Unterstützung sein; denn schlimmer denn je im vergangenen Jahrhundert sieht es um sie aus; besonders schmerzhaft nach diesem Aufblühen der evangelischen Gemeindeformen in den letzten Jahrzehnten, womit wir allein, aber einzigartig, den evangelischen Glaubensgenossen ihren Liebesdienst erstatten konnten. Wirklich, es war nicht umsonst; in reichem Maße strömte der Segen von den Empfangenden zurück auf die Gebenden.

Die evangelischen Gemeinden Posens werden klein werden.

Viele, die in der Provinz Posen geboren und getauft wurden oder die, später zugewandert, am kirchlichen Aufbau

der Militärbehörde hervorgeht, angestrenzte Wachsamkeit. In Kattowitz sind neue militärische Verstärkungen eingetroffen und sofort an die Grenze geworfen worden. Die aus dem Kreise Kattowitz verschleppten Bewohner sind noch nicht zurückgeführt. Es ist auch nichts Sicheres über ihr Verbleiben bekannt. Die interalliierte Kommission empfing in Hindenburg eine Abordnung der Arbeiter. Am Mittwoch fanden Besprechungen mit Vorkämpfern in Glettwitz und Kattowitz statt. Die Associated Press meldet, daß das im besetzten Gebiet befindliche amerikanische Infanterieregiment Nr. 55 den Befehl erhalten habe, nach Oberschlesien abzurücken.

Kriegszustand mit Polen nach Gerichtsausspruch.

In einer Verhandlung vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Weuthen ist ein entscheidender Rechtspruch von weitreichender Bedeutung ergangen. Verhandelt wurde gegen sechs wegen Aufwands Angeklagte, die in Schoppinitz bei Kattowitz von den Mannschaften eines Panzerzuges festgenommen worden waren und in der Verhandlung durch eigenes Geständnis als reguläre polnische Legionäre festgestellt wurden. Das außerordentliche Kriegsgericht hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, daß mit dem Augenblick, in dem polnische reguläre Truppen unter Führung in den Kampf um Oberschlesien eingegriffen haben, der Kriegszustand zwischen Deutschland und Polen hergestellt worden ist. Aus diesem Grunde wurden die sechs Angeklagten als Kriegsgefangene angesehen, und das außerordentliche Kriegsgericht hat sich zur Urteilsabgabe als nicht zuständig erklärt. Die Angeklagten wurden der Militärbehörde überwiesen. Es handelt sich um Legionäre von der 1. Kompanie des in Venzlin in Polen in Garnison stehenden 11. polnischen regulären Etappenbataillons.

Arbeitermangel im obereschlesischen Industriegebiet.

Au, den obereschlesischen Gruben macht sich eine neue Folge des Aufstandes bemerkbar, da viele Arbeiter, die an den Unruhen beteiligt waren, nach Polen geflüchtet sind. Dadurch ist ein großer Mangel an Arbeitskräften eingetreten. Beispielsweise mußte auf der Hülfsgrube in Birkenhain auf die Wiederaufnahme der Kohlenförderung verzichtet werden. Die Arbeitsaufnahme hält an. Der Generalstreik gilt als beendet.

Eine Anfrage der Entente.

Clemenceau richtete an den deutschen Bevollmächtigten Baron Versner eine Note, er möge die Namen aller der Personen bekanntgeben, die von den deutschen Behörden aus den Gebieten, in denen eine Volksabstimmung stattfinden wird, ausgewiesen wurden. Versner teilte darauf mit, daß es ihm zur Zeit unmöglich wäre, eine solche Liste zu liefern. Die Anfrage des Präsidenten der Friedenskommission über die Ausweisungen aus den unruhigen Gebieten ist jedenfalls durch die polnischen Verleumdungen veranlaßt, die deutsche Regierung habe Polen aus Oberschlesien entfernt, um das Ergebnis der Volksabstimmung zu beeinflussen. Es ist unglücklich, daß Baron Versner seine Antwort auf die Ausweisungsforderung so gefaßt hat, daß darin bereits die Tatsache von Ausweisungen aus den Abstimmungsgebieten zugegeben wird. Er hat wohl geantwortet, daß er zunächst Instruktionen einholen müsse.

Der polnische Verleumdungsflug.

Die englische Presse hat schon seit einiger Zeit eine neue Lügehege gegen Deutschland wegen angeblicher Grausamkeiten in Oberschlesien begonnen und gestaltet diesen Flugzeug in dem üblichen großen Stil aus. Ein Bericht der „Times“ umfaßt vier lange Spalten mit den Überschriften „Neue deutsche Grausamkeiten“, „Ein Bild von den in Schlesien herrschenden Zuständen“, „Die Einwohner erschossen und geschlagen“, „Schwere Verantwortung der Alliierten“. In dem Bericht der „Morning Post“ heißt es unter anderem: „Die Polen werden in ganz Oberschlesien von den deutschen Soldaten ermordet und alle polnischen gefangenen Leute werden mißhandelt, ganz gleich welchen Alters oder Geschlechtes sie sind.“

Die deutsche Regierung tritt in einem Punkt: „An alle“ diesen verlogenen, auf polnischer

rege teilgenommen haben, verlassen den Ort ihres bisherigen Wirkens; sie müssen es; all die Beamten und Richter, die der polnische Staat nicht übernimmt, die Gewerbetreibenden, die in den letzten Monaten seit der polnischen Besitzergreifung durch grundlose Internierung auf schwerste wirtschaftlich geschädigt, ihre Geschäftsaussichten nur im trübsten Licht sehen können, die Ansiedler, die ihres Besitzes keineswegs sicher, in mehr als einem Fall nach den bestehenden Bestimmungen ihren Hof aufzugeben gezwungen werden können und — es ist nicht daran zu zweifeln — gezwungen werden sollen, denen die Pachtverträge gekündigt werden und deren Söhne nicht, wie sie einst gehofft, auf eigenem Grund und Boden ihren Hausstand gründen dürfen — sie alle wird die evangelische Kirche Posens missen.

Mit den Fortziehenden verlieren die Gemeinden einen großen und zwar den gewichtigsten Teil ihrer Steuerzahler.

Die Gemeinden werden arm werden.

Daran ändert alle Opferwilligkeit der Fortziehenden, die in Stiftungen und laufenden Beiträgen einen Ausdruck ihres Dankes an ihre alte Kirchengemeinde suchen, nichts. Die industriearme Provinz Posen ist nie reich gewesen; dieser mit Sicherheit zu erwartende Verlust wird für die evangelische Kirche unermessliche Folgen haben. Es würde geradezu den finanziellen Zusammenbruch bedeuten, wenn nicht die Hilfe der evangelischen Glaubensgenossen uns den Weg zu beschreiten eröffnet, der einzig aus der Not herausführt. Wohl werden die Evangelischen Posens noch ganz anders als bisher auf die tatkräftige Unterstützung derer angewiesen sein, die ein Herz haben für das Evangelium mitten in katholischen Land; aber so reichlich diese Gaben auch fließen mögen und — wir hoffen es zuversichtlich — fließen werden, mindestens ebenso wichtig ist ein anderes. Und dies allein verbürgt wirksame Hilfe:

Den evangelischen Gemeinden muß der Anstoß ihrer geistlichen an die Alterszulagen- und Ruhegehaltsklassen und an den Pfarrwitwen- u. Waisenfonds auch fernerhin wie bisher möglich sein. An diese Klassen, die

Quelle beruhenden Schilderungen der englischen Richterstaten entgegen und weist die Falschmeldungen über die angeblichen Greuelstaten der deutschen Behörden und Truppen in Oberschlesien auf das entgegengesetzte zurück.

Der europäische Wirrwarr.

Amerikanische Trohungen.

Die verschiedenen zum Teil ganz entgegengesetzten Interessen der in der Friedenskonferenz zusammengekommenen Staaten haben gegenwärtig zu einer ernstlichen Spannung geführt. Die von Frankfort geleitete amerikanische Friedensdelegation hat deshalb bei dem Präsidenten Wilson angefragt, ob es Zweck für sie hätte, länger in Paris zu bleiben und den Versuch zu machen, die südöstlichen Probleme Europas zu lösen. Von der Antwort des Präsidenten wird es abhängen, ob sie in Paris bleiben und zur Enttarnung der Balkanangelegenheiten beizutragen versuchen, oder ob sie nach Washington zurückkehren und es den europäischen Mächten überlassen wird, den Wirrwarr zu ordnen, der dadurch entstanden ist, daß die Rumänen in Budapest einmarschiert sind.

Die Konferenz hielt die Rumänen mehrmals davon zurück, die ungarische Hauptstadt zu plündern, aber trotz der Pariser Machtschlüge schafften ihre Truppen alles ihnen nützliche Material fort. Es besteht auch nicht der leiseste Zweifel, daß die Rumänen bei dem Bruch der Abmachungen von ihren Verbündeten dazu ermutigt worden sind. Clemenceau war mit allen warnenden Mitteln einverstanden, die die Konferenz mit seiner Unterschrift an Varianu sandte, aber gleichzeitig werden die Rumänen weiter von ihren Verbündeten dazu ermutigt, die Madjaren auszulöschen. Daher ist es gerade kein Wunder, daß die amerikanischen Abgeordneten ihre Köpfe packen und im Begriff stehen, nach Hause zu gehen. Alle amerikanischen Delegierten meinen, falls sie nach Hause zurückkehren, jede finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für die widerwilligen Nationen zurück. Wahrscheinlich wird die Lage, ohne daß Präsident Wilson dieses anordnet, wiederhergestellt, aber die amerikanischen Abgeordneten haben keine Lust, ruhig zuzusehen, wie die Befehle der Konferenz durch die rumänischen Verbündeten hinweggeführt behandelt werden.

Rumänien trotz der Entente.

Der Konflikt mit Rumänien ist durch die Teilung des Temesvarer Banats unter Rumänien und Südserbien verschärft. Rumänien hat kurzerhand die Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke über die Save zwischen Belgrad und Semlin, die Ende Dezember fertig sein sollte, unterbrochen, das ganze Banat besetzt und die Ausfuhr der von einer Temesvarer Firma gefertigten gesamten Brückenbestandteile an Serbien verboten. Gerade die zerstörte Brücke bildet das einzige Hindernis für einen direkten Verkehr zwischen Paris, Konstantinopel, Saloniki. Das Auftreten von Rumänien richtet sich daher gegen die Wiederaufnahme der Zugverbindung mit dem Orient. Der oberste wirtschaftliche Rat der Alliierten hat daher beschlossen, daß angesichts der Haltung Rumaniens alle Verträge mit Rumänien bezüglich Waffen und Kriegsmaterial aufgehoben werden. Rumänien wird vorüberhand keinerlei Material dieser Art von der Entente erhalten. Da Rumänien trotz aller Vorstellungen der Entente fortwährend seinen Aufmarsch auf ungarischem Gebiete fortsetzt und die Wegführung von allerlei Nahrungsmitteln bis jetzt nicht eingestellt hat, hat die Entente auch die Belieferung Rumaniens mit Lebensmitteln eingestellt. Die Regierung in Belgrad erließ ein Ausfuhrverbot für Waren nach Rumänien, und Rumänien zog an seiner Grenze im Banat gegen 15 Divisionen zusammen. Die Belgrader Regierung telegraphierte nunmehr an ihre Botschaft in Paris, daß Südserbien bereit sei, die Volksabstimmung für den ganzen Banat als verbindlich anzuerkennen.

Trohende Kriegsaesfahr zwischen Belgien und Holland.
Bedeutend ernstler als der Konflikt auf dem Balkan ist augenblicklich die Spannung zwischen Holland

die preussischen Landestirgen gemeinsam und selbständig verwalten, haben die Posener Kirchengemeinden jahraus, jahrein die Beiträge für ihre Seelsorger gezahlt; aus diesen Kassen haben die Geistlichen ihre Alterszulagen, ihr Ruhegehalt, die Witwen und Waisen ihre Versorgung erhalten, und zwar ist die Kirche der Provinz Posen auch in ihren letzten Zeiten durchaus die empfangende gewesen; z. B. hat sie 1916 aus der Alterszulagenkasse empfangen 809 803,14 M., dagegen gezahlt nur 446 400 M.

Es ist nicht einzusehen, warum nicht der weitere Anstoß an diese Kassen der evangelischen Kirche Posens im Interesse ihrer Gemeinden auch unter polnischer Herrschaft verstatet werden sollte; wird er ja doch sogar den deutsch-evangelischen Gemeinden im Auslande gewährt. Dem polnischen Staat, der für die Religionsgemeinschaften Gelder flüssig zu machen weder in der Lage noch willens sein wird, dürfte es nur willkommen sein, wenn kirchliche Kassen für die Geistlichen der evangelischen Kirche sorgen. Andererseits wird es den evangelischen Landestirgen Preußens ein officium nobilitate sein, das sie für die gesamte evangelische Welt auf sich zu nehmen bereit sein werden, den evangelischen Glaubensgenossen auf diese Weise von Grund auf zu helfen. Es handelt sich dabei gar nicht allein um das Finanzielle. Denn das ist das Schlimme, daß mit der äußeren Armut die innere Verarmung Hand in Hand geht.

Die Gemeinden werden innerlich arm werden.

wenn nicht so geholfen wird. Denn wo persönliche Kräfte fehlen, da rufen geistliche und leibliche Not vergeblich nach Rettung: es fehlt am Notwendigsten, um das Leben der Gemeinde rege zu erhalten, um die Pflege der Armen und Kranken fortzusetzen, um Werke der Inneren und Äußerer Mission weiter zu fördern.

Sowieso wird das Zusammenschmelzen der Evangelischen das Eingehen nicht weniger Pfarrstellen zur Folge haben. Ein Beispiel für viele: in einem Dorf haben die Polen alle Beamten der dort angesessenen Grundherrschaft abgesetzt; durch ihre Entfernung sinkt das Staatseinkommensteuersoll in der Gemeinde auf 200 M. im Jahr. Darin ist

in der englischen Be-
die Falschmeldungen
der deutschen Behör-
den auf das entse-
nd.

Wirtswarr.

ganz entgegengesetzten
Konferenz zusammen-
wärtig zu einer ern-
Brant Koll geleitete
deshalb bei dem
ob es Jwed für sie
den und den Verlauf
Probleme Euro-
ort des Präsidenten
aris bleiben und zur
heiten beizutragen
ington zurückgehen
unzulässig wird, den
urch entstanden ist,
einmündig sind.
um in mehrmals
ptstadt zu pfländern,
schaffen ihre Truppen
ort. Es besteht auch
die Rumänen bei dem
Verbündeten an-
menceau war mit-
verstanden, die die
an Brarianu sandte,
nen weiter von ihren
Madjaren auszuflü-
n Wunder, daß die
Koffer packen und
gehen. Alle ameri-
sie nach Hause zu-
wirtschaftliche Hilfe
zurück. Wahrschein-
ident Wilson dieses
die amerikanische
uhig zuzusehen, wie
die rumänischen Ver-
erden.

Entente.

durch die Teilung
der Rumänen und
n hat kurzhand
ahnbrüche über die
lin, die Ende De-
drohen, das ganze
von einer Temes-
Brückenbestände
geforderte Brücke
einen direkten Ver-
del, Saloniki. Das
daher gegen die
ig mit dem Orient.
Alliierten hat daher
haltung Rumäniens
n bezüglich Waf-
gehoben werden.
lei Material dieser
Da Rumänien trotz
fortwährend seinen
e fortsetzt und die
smitteln bis jetzt
entsteht auch die
Welt eingefleht. Die
Ausfuhrverbot für
anien zog an sei-
positionen zusammen.
gierte nunmehr an
anwen bereit sei, die
banat als verbind-

gien und Heland.
stift auf dem Bal-
anwischen Holland

am und selbständig
gemeinden jahraus,
gejagt; aus diesen
szulagen, ihr Ruhe-
versorgung erhalten,
Posen auch in ihren
gewesen; z. B. hat
angen 809 803,14 M.
der weitere Anschluß
e Posen im Inter-
der Herrschaft ver-
ar den deutsch-evan-
ort. Dem polnischen
en Gelder flüchtig
sein wird, dürfte es
affen für die Geist-
ndererseits wird es
kens ein officium
angelische Welt auf
den evangelischen
rund auf zu helfen.
im das Finanzielle.
äußeren Armut die

arm werden,

persönliche Kräfte
Not vergeblich nach
am das Leben der
ge der Armen und
ieren und Äußerer

der Evangelischen
zur Folge haben.
haben die Polen
und Herrschaft abge-
Staatsbeamten
n Jahr. Darin ist

und Belgien, die die Gefahr eines Kriegsausbruches
in drohender Nähe rückt. Die belgischen Abgeordneten
der in Paris tagenden Kommission zur Revision der
Verträge von 1839 haben ihre Abreise nach Brüssel
bereits beschlossen. Holland soll als Antwort auf die
belgischen Forderungen erklärt haben, daß es jeden
Versuch der Belgier, irgendwelche Punkte zu besetzen,
die ihm die geplante neue Grenzfestsetzung zugehe,
als Kriegsfall betrachten werde. Die holländi-
schen Delegierten sind nach dem Haag abgereist, um
neue Unterweisungen von ihrer Regierung einzuho-
len. Die Friedenskonferenz hat sich bereits einge-
hend mit dem Streitfall beschäftigt.

Keine Einigung über die Schantungfrage.

Durch die erneute Aufrollung der Schantungfrage
durch den amerikanischen Senat sind auch im Osten
neue Verwicklungen zu erwarten. Unter dem Drucke
der Republikaner, die eine Wiedergabe des von den
Japanern beanspruchten Schantunghafens an China
fordern, sucht Wilson auf die japanische Regierung
einzuwirken, daß sie ein bestimmtes Datum bekannt-
gebe, zu dem China die Rückerrückstellung Schan-
tungs erwarten könne. Man zeigt sich jedoch in
Tokio auch diesem Vermittelungsvorschlag nicht ge-
neigt.

Inzwischen kommt die Ratifikation des Frie-
densvertrages mit Deutschland um keinen Schritt vor-
wärts. Die französische Kammer hat nunmehr den
Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert. Die In-
trafizierung des Vertrages kann jedoch erst eintreten,
wenn außer England und Frankreich noch eine dritte
Großmacht dem Vertrage zustimmt. Daran ist aber
vorläufig noch nicht zu denken. Der amerika-
nische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten
hat bereits verschiedene Änderungen an dem
Vertrage vorgenommen, so wurde u. a. mit 9 gegen
7 Stimmen ein „Verbesserungsantrag“ angenommen,
nach dem die Vereinigten Staaten sich an der inter-
nationalen Kommission zur Festlegung der Grenze
zwischen Belgien und Deutschland nicht betei-
ligen sollten. Der Ausschuß hat ferner eine Reihe von
Verbesserungsanträgen angenommen, durch die die
Vereinigten Staaten von der Vertretung in anderen
Kommissionen ausgeschlossen werden, da andernfalls
zahlreiche Änderungen im Friedensvertrag notwendig
werden würden. Der Ausschuß für Wiedergutmachung
wurde indes hiervon ausgenommen. Präsident Wil-
son ist in heller Verzweiflung über diese Änderun-
gen seines Vertrages. Um die unbotmäßigen Senato-
ren vor weiteren Verbesserungen des berichtigten Do-
kumentes zurückzuführen, droht er damit, daß die
Vereinigten Staaten im Falle der Bestätigung der
Ausschußbeschlüsse durch den Senat genötigt sein wer-
den, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen
und aus dem Bölkerbund auszutreten. Doch wird sich
der Senat zur Ratifikation des Vertrages ohne die
bekannten Vorbehalte wohl kaum entschließen. Die
Beratungen werden sich auf jeden Fall noch eine
ganze Zeit lang hinausziehen.

Deutsches Reich.

Das Reichswehrministerium hat zu dem Vorgehen
der Truppen in Vettlind noch nicht endgültig Stel-
lung genommen. Der Reichswehrminister will jedoch der
Regierung den Vorschlag unterbreiten, der lettischen Re-
gierung einen Protest wegen ihres Verhaltens in der
Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu überreichen.
Die Preussische Landesversammlung tritt
am 11. September, zunächst im Ausschuß, wieder zusammen.
Der Bruder Ludendorff ist in Niederländisch-
Indien gestorben. Er hatte früher in der holländischen
Kolonialreserve gedient.
Der französische Kreuzer „Marseillaise“ hat
am Mittwoch vormittag seinen Ankerplatz vor Koll und in der
Gleisburger Förde verlassen und ist seewärts gedampft.
Die Handelskammer in Hamburg beschloß die
Zulassung der Frauen zur Börse.

noch einbezogen das Paster- und Kantorengelände. Eine
Pfarrstelle in solch verarmter Gemeinde — es ist nicht die
einzige — ist zum Eingehen verurteilt.

So wird die evangelische Kirche Posen, von jeher eine
Kirche in der Diaspora, um Jahrhunderte zurückgeschmettert.
Die Kirchengemeinden werden in der „Zerstreuung“
über viele Dörfer und Höfe sich erstrecken. Unsere aufbauende
kirchliche Arbeit aus den letzten Jahrzehnten ist dahin.
Schon jetzt haben wir infolge der — trotz aller polnischen
Ablehnung — massenhaften Internierungen, die gerade
die evangelischen Geistlichen schuldlos und wahllos in der
zweiten Hälfte des Juni mit besonderer Schärfe traf, gespürt,
was es heißt: Herde ohne Hirten, und wenn die Geschichte
und Not die Posener Gemeinden von jeher zur Selbsthilfe
angepornt hat und vielleicht mehr denn anderswo der
Hausvater seines Amtes als Hauspriester, der Kirchendiar-
chons seines Berufes als „frommer Mann in der Gemeinde“ sich
bewußt ist: Die Zerstreuung ist gefährlich, weil sie der
Verbote der Vereinsamung ist; nichts ist für eine
religiöse Gemeinschaft verderblicher als dies.

Es wird alles darauf ankommen, daß die evangelischen
Glaubensgenossen der ganzen Welt auf den gemeinsamen
Wegen die Posener Gemeinden vor innerer Verarmung
und Vereinsamung bewahren!

Was aber können wir in Posen selbst dazu
tun? Auch da müssen wir erst noch einmal. Bittend die
Hände heben, ehe wir selbst ans Werk gehen können.

Es sind ja nicht allein die einzelnen evangelischen
Gemeinden, denen die Vereinsamung droht; die ganze
evangelische Kirche Posen würde das gleiche
Schicksal erwarten, wenn sie gezwungen werden sollte, die
Fäden, die sie mit der evangelischen Landeskirche in Preußen
verbinden, zu zerschneiden. Ein Glied, das vom Körper
abgetrennt und dem die Blutzufuhr gesperrt wird, wird
gefühllos und stirbt ab.

Es heißt, die evangelische Kirche Posen dem Tode oder
wenigstens einem traurigen Sichteum ausliefern, wollten
die evangelischen Glaubensgenossen tatenlos zusehen, wenn
ihre die Gemeinschaft mit der Kirche, deren lebendiges
Gleich sie bisher war, unterbunden würde.

Die interalliierte Kommission für das Rhein-
land hat die Gebäude des Oberpräsidiums in Koblenz mit
Beschlagnahme und beansprucht diese Gebäude für ihre
Zwecke.

Das Stimmverhältnis im Reichsrat. Die im
Reichsrat vertretenen Länder haben insgesamt 63
Stimmen. Im einzelnen verteilen sich die Stimmen
wie folgt: Preußen 25 Stimmen, Bayern 7, Sachsen
5, Baden 3, Württemberg 3, alle anderen Länder eine
Stimme, die beiden Reich zusammen 1 Stimme. In
Preußen wird das Stimmrecht durch die zehn Mi-
nister, die neun Unterstaatssekretäre und voraussicht-
lich durch weitere sechs parlamentarische Unterstaats-
sekretäre ausgeübt werden.

Der Oberbefehl über die deutsche Wehrmacht
ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten dem
Reichswehrminister übertragen worden, soweit der
Reichspräsident nicht unmittelbare Befehle erteilt.
Gleichzeitig ist die Heeresverwaltung auf das Reich
übergegangen und hat die Selbständigkeit der Heeres-
verwaltungen der einzelnen Länder aufgehört. Ver-
waltungsbevollmächtigte und Kommandogewalt stehen daher
den einzelstaatlichen Kriegsministerien nicht mehr zu.
Die Verantwortung für militärische Maßnahmen und
Ausgaben wird von nun allein von der Reichsregie-
rung getragen und von ihr vor der Nationalver-
sammlung oder dem Reichstag vertreten. Spätestens
bis zum 1. Oktober 1919 soll aus den vorhandenen
einzelstaatlichen Kriegsministerien und sonst gezeig-
ten Militärbehörden das Reichswehrministerium
gebildet werden. Bei der Umwandlung der
einzelstaatlichen militärischen Zentralbehörden in
Reichswehrbehörden wird der landmannschaftliche
Eigenart in den einzelnen Ländern im Sinne der
mit den Landesregierungen während der Versam-
lungsbereitungen getroffenen Vereinbarungen Rechnung ge-
tragen. Die endgültige Regelung der Beziehungen zwi-
schen Reich und Einzelstaaten erfolgt durch das neu
zu schaffende Wehrgesetz. Zu Chefs der Reichswehr-
Behörden Preußen, Bayern, Sachsen und Württem-
berg werden die Kriegsminister der betreffenden Staa-
ten ernannt. — Veröffentlichung dieser Verordnung
in dem neuen Heeres-Verordnungsblatt, das
von der Reichswehr-Befehlshaber-Prägen im Auf-
trage des Reichswehrministeriums herausgegeben wird.
Das Heeres-Verordnungsblatt ist damit an die Stelle
des bisherigen Heeres-Verordnungsblattes getreten, das
vom Kriegsministerium herausgegeben wurde und 53
Jahrgänge erlebt hat.

Bezeichnung der neutralen Zone mit deutschem
Militär. In der Frage der Bezeichnung der 50-Kilo-
meter-Zone östlich des Rheins mit deutschen Truppen
hatten in der letzten Zeit zwischen den beteiligten
Delegationen Verhandlungen stattgefunden. Jetzt ist
eine Antwort des Marschalls Hoch in dieser Angelegen-
heit erfolgt, in der darauf hingewiesen wird, daß
nach den Bestimmungen des Friedensvertrages in die-
sem neutralen Gebiet deutsche Truppen an sich nicht
gehalten, sondern daß nur Polizeibeamte in einer
Kopffärke den Verhältnissen des Jahres 1913 ent-
sprechend den Sicherheitsdienst versehen dürften. Im
Hinblick auf die Sicherheit und öffentliche Ordnung
habe jedoch der Oberste Rat genehmigt, daß die deutsche
Regierung für die nächsten drei Monate zwanzig Ba-
taillone Infanterie, zehn Eskadrons Kavallerie und
zwei Batterien Artillerie in jenen Gebieten unter-
halten dürfe.

Die Schiffsverkehrskommission. Die deutsche Dele-
gation in Versailles hat mitgeteilt, sie habe Kenntnis
genommen von der Mitteilung der Alliierten, daß die
interalliierte Kontrollkommission sich nach Ratifizierung
des Friedensvertrages nach Deutschland begeben werde,
um die Ausführung der Bedingungen des Friedens-
vertrages hinsichtlich der Schifffahrt zu überwachen.

Elternbeiträge für alle Schulen. Nachdem durch
Verordnung vom Oktober 1918 für die höheren Schu-
len Elternbeiträge geschaffen wurden, deren Einrich-
tung sich, wie vielfach berichtet wird, sehr bewährt
hat, beschloß die Unterrichtsverwaltung, die Bei-
träge für alle Arten von Schulen auszubauen.

Schon haben wir in den vergangenen Monaten einen
Vorgeschmack davon bekommen, als die vollkommene Post-
sperre uns auf eine einsame Insel warf.

Es kann auch keinen Ersatz bedeuten, wenn die evan-
gelische Kirche Posen auf die evangelisch-
lutherische Kirche Posen verwiesen wird. Wie
ein Mann würden sämtliche evangelische Gemeinden
Posens aufstehen und mit aller Entschiedenheit, mit dem
ganzen Ernst und der ganzen Überzeugung zu der
Kirche zu halten, die nach Geschichte und
religiöser Ausprägung ihre und ihrer Väter
Mutter geworden ist. Um so peinlicher werden sie
dabei alle politischen Absichten ausschneiden, als das Ar-
gument in dem Aufruf des Warschauer Generalsuperinten-
dentens Bursche an die Masuren, die Vereinigung mit Posen
würde ihnen durch den Wegfall der Kriegskosten, die
Deutschland zu zahlen habe, eine geringere Steuerlast sichern
und großen Wohlstand verschaffen, die verhängnisvolle Ver-
quickung von Politik und Religion offenbart und zugleich
auch den Einflüsterungen über den Charakter der evangelisch-
lutherischen Kirche Posen die Augen geöffnet hat.

Evangelische Glaubensgenossen! Helft Ihr
uns das mitternächliche, daß wir auch als polnische Bürger
am Stamme unserer evangelischen Kirche
bleiben dürfen, dann soll die Gemeinschaft des
Glaubens und der Liebe uns verbinden, dann
wollen wir selbst ans Werk gehen und reich
in der Gemeinschaft des Geistes, in aller
Armut und Zerstreuung unsere Gemeinden
bauen!

Die verlorene Kaiserkrone.

Zu mittlernächter Stunde
Stand ich im Herbst am Rhein.
Es funkelten die Wellen
Im klaren Mondenschein.

Da naht mit Geisterfritten
Ein seltsam-düster Zug.
Was trug man wohl inmitten
Verhängt mit schwarzem Tuch?

wird aber nicht als zweckmäßig erachtet, ihre Befug-
nisse gesetzlich festzulegen und zu begrenzen. Der
Verordnungsweg verdient den Vorzug, da dann die
ganze Ausgestaltung leichter in der aus finanziellen
Rücksichten gebotenen Einfachheit gehalten werden kann.

Ein Gegenentwurf der Arbeitgeberverbände zum
Betriebsrätegesetz. Die Vereinigung der deutschen Ar-
beitgeberverbände hat in langwierigen Beratungen der
gemischten Kommission zu dem Gesetzentwurf über
die Betriebsräte Stellung genommen. Die Arbeit-
gebervertreter haben gegen den Regierungsentwurf
protestiert und die Verantwortung hierfür abgelehnt.
Die Zentralorganisationen der Unternehmer haben
einen Gegenentwurf aufgestellt, zu dem nunmehr die
angeschlossenen Verbände ihrerseits Stellung nehmen
werden.

Der Preussische Landesverammlung werden
in einigen Tagen zwei neue Vorlagen zugehen, die eine
betrifft die Erhöhung der Tarife für Personen-
und Güterbeförderung auf den preussischen Staatsbah-
nen und fördert eine 50prozentige Erhöhung aller
zurzeit bestehenden Tarife. Die Tarife werden gleich-
zeitig für alle Güter und für alle Wagentarifen
um 50 v. H. erhöht. Die andere Vorlage sieht die
Gewährung von Wirtschaftshilfen für die
preussischen Staatsbeamten vor nach dem Muster der
Reichsvorlage (also 1000 Mark für Unverheiratete, 1200
Mark für kinderlos Verheiratete und Kinderzulagen).
Der Staatshaushaltsausschuß tritt am 11. Septem-
ber zusammen, um diese Vorlagen einer Vorbespre-
chung zu unterziehen und für die zweite Vorlage
die Deckungsfrage zu erörtern. — Das Plenum der
Landesversammlung tritt erst am 18. September zu-
sammen, um diese Vorlagen zu beraten, auf deren
schnelle Erledigung die Regierung großen Wert legt.

Rundschau im Auslande.

Der belgische Senat hat den Friedensver-
trag mit Deutschland einstimmig angenommen.

Einer der ältesten und angesehensten flämischen Akti-
visten, Franz Reingaert, ist in Brüssel verhaftet
worden.

Der Regierungsrat von Basel bestraft diejenigen
Staatsbeamten, die am Generalstreik teilgenommen haben
und sich dabei nicht noch besonderer Vergehen schuldig
gemacht haben, wegen grober Dienstverletzung mit Geldstrafe.

Ungarn: Eine neue Diktatur.

Von einer Lösung der Krise ist noch immer keine Rede.
Nachdem Handelsminister Heinrich nun endgültig abgelagt
hat, weiter zu verhandeln, ist Ministerpräsident Friedrich
vorherhand wieder Herr der Lage. Er besteht darauf,
daß er und ein Mitglied seiner Regierung, vermutlich
der General Schöner, in die neue Regierung übernommen
werden und beruft sich auf die hinter ihm stehende militä-
rische Macht. Die Ententeemissionen wollen ihn nicht an-
erkennen, die Sozialisten noch weniger, aber er regiert tat-
sächlich mit Hilfe der Rumänen und seiner ihm treu erge-
benen Offizierskorporation. Die ganze Sache steht bereits nach
einer militärischen Diktatur aus, und es steht außer Zwei-
fel, daß Friedrich die erste Möglichkeit ergreifen würde,
um die Diktatur zu erreichen. Ueber ganz Ungarn ist nach
einer Meldung des Pariser „Matin“ der verschärfte Bege-
rungsstand erklärt worden; es herrscht gegenwärtig wieder
völlige Anarchie.

Frankreich: Annahme des Friedensvertrages.

Der französische Senat hat mit der Aussprache über
den Friedensvertrag begonnen. Der erste Redner der Rechten,
Chapdelaine, erklärte, er könne dem Vertrag, an
dessen Ausarbeitung die Kammer keinen Anteil gehabt
habe, seine Zustimmung nicht geben. Man hätte den Rhein
als Grenze haben müssen und man hätte nicht den unge-
heuren Fehler begehen dürfen, Deutschland ganz zu lassen.
Man hätte nicht mit dem Deutschen Reich in Verhandlungen
treten dürfen, sondern man hätte mit den deutschen
Einzelstaaten verhandeln müssen. Der zweite Redner, Oberst
Albert, erklärte, es sei bedauerlich, daß der Vertrag so
viele Mängel aufweise, aber er gebe doch Genugtuung für
Frankreich und stelle Polen wieder her. Frankreich dürfe
ihn gut heißen. Der Abg. Fournier beklagte es, daß man

Und leise glitt es nieder
Von dem triftallenen Schrein,
Darin strahlte eine Krone
Von Gold und Edelstein!

„Um Gott! Die Kaiserkrone!“
Ich tat den lauten Schrei, — —
„Die darf uns niemand rauben!“ — —
Und sank auf's Knie dabei! — —

Denn nimmt man uns die Krone,
Den Nibelungenhort,
Dann ist auch Deutschlands Größe,
Und Deutschlands Freiheit fort!

Da sprach ein greiser Rade: — —
Die Stimme klang stahlhart, — —
„Ich mußte wiederholen,
Was ihr so schlecht bewahrt!“

Was einstmals schwer errungen,
Wie habt ihr es bewahrt?
Von fremdem Wahn bezwungen
Deutschland zum Spott gemacht!

Vielleicht, daß sie noch einmal
In neuem Glanz erscheint,
Wenn eures Volkes Seele
Um Deutschlands Krone weint!

Vielleicht, daß dann ein Siegfried
Euch nochmals wird bekämpft,
Wenn ihr ein Volk geworden,
Das solchen Schicksal wehrt!

Bis dahin bleibt sie wieder
In uns'ren treuen Hüt!“ — —
Er schwieg, und lautlos stiegen
Sie nieder in die Flut.

Ich glaub', es ging mein Herz
Mit in den Strom hinein,
Und alle hellen Sterne
Versanken tief im Rhein!

Deutschland ungeteilt gelassen habe. Man hätte es so leicht gehabt, Deutschland völlig zur Ohnmacht zu verurteilen und aufzuteilen in seine Bestandteile. Jetzt steht man nun einem neuen germanischen Volk gegenüber, der bald auch militärisch wieder erstarken werde. Trotz der verschiedensten Bedenken ist der Friedensvertrag mit Deutschland von einer Dreiviertelmehrheit in der Kammer und einstimmig im Senat ratifiziert worden.

Kokal-n. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 30. August 1919.

— **Lebensmittelverkauf im Landkreis Bielefeld** vom 31. 8. bis 6. 9. 1919. 1. **Nährmittel!** Graupen oder Rudein werden nur nach der Kundenliste ausgegeben. Jeder erhält dort, wo er eingetragen ist, gegen Abgabe der Lebensmittelkarte Nr. 4: $\frac{1}{4}$ Pfund zu den bekannten Höchstpreisen. Die Butterverkaufsstellen haben die Lebensmittelkarte Nr. 4 in der Woche vom 10. bis 13. 9. 1919, aufgelegt, Zimmer Nr. 15, abzuliefern. — 2. **Wibbelbohnen!** Die aus der dieswöchentlichen Verteilung übrig gebliebenen Mengen Wibbelbohnen dürfen ohne Marken verkauft werden. Der Preis für 1 Pfund ist 1 M. 3. **Auslandsfett!** Auslandsfett kann nur an die fettverjüngungsberechtigte Bevölkerung verteilt werden. Jeder erhält ab Donnerstag, den 4. 9., gegen Abgabe der Einfuhrzulasskarte Nr. 12 in der Butterverkaufsstelle, wo er

eingetragen ist, 50 Gramm zu 50 Pfg. Die Marken sind am Dienstag, den 2. 9., aufgelegt, Zimmer Nr. 15, abzuliefern. — 5. **Sonderzuweisungen!** Alle milchverjüngungsberechtigten alten Leute über 65 Jahre erhalten gegen Abgabe der vom 1. 9. bis 28. 9. gültigen Reiskarte je Person 1 Pfund Buchweizengrüße zu 75 Pfg. für 1 Pfund in den bekannten Krankenverkaufsstellen.

□ **Enger i. Westf.** Am kommenden Sonntag, den 31. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet in Enger i. Westf. im Gemeindehause eine Porturnerlehrstunde des Turnbezirks Minden-Ravensberg und Lippe statt. (Turnverband evang. Männer- und Jünglingsvereine und-Christl. Vereine junger Männer.) Im Anschluß daran wird die abzuhaltende Sitzung sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen haben. Als Hauptpunkt: Volkstümliches Turnfest am 30. September 1919. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist eine rege Beteiligung sehr erwünscht.

Letzte Nachrichten.

Stillelegung Berliner Großbetriebe.

Die Stillelegung von Betrieben, die vor einigen Tagen noch als drohende Gefahr bezeichnet wurde, hat sich infolge des Kohlenmangels bereits als notwendig erwiesen. Als erster Berliner Großbetrieb hat sich die bekannte Firma **Ludwig Löwe** zur zeitweisen

Schließung gezwungen gesehen. Auch in anderen Großbetrieben, insbesondere bei den städtischen Elektrizitätswerken, ist die Kohlennot derart groß geworden, daß von Tag zu Tag mit einer Katastrophe in der Licht- und Kraftversorgung gerechnet werden muß.

Ein neues Kabinett Friedrich in Ungarn.

Stefan Friedrich, der Ministerpräsident Erzherzog Josephs, hat seinen Willen durchgesetzt und die Kabinettsbildung behauptet. Das neue Kabinett setzt sich aus Vertretern der äußersten Rechten zusammen. Die bürgerlichen Demokraten und die Sozialdemokraten sind darin nicht vertreten. Es ist kaum anzunehmen, daß diesem Ministerium ein längeres Dasein beschieden sein wird, als den Kabinetten, die sich in Budapest seit dem Sturze Bela Kuns gefolgt sind. Die Entente wird auch diesem Kabinett die Anerkennung voraussichtlich verweigern.

Der Krieg gegen Rußland beginnt.

Dem „Temps“ wird aus Helsingfors gemeldet, daß Kronstadt unter Feuer genommen worden ist und daß die Offensive gegen die Bolschewisten auf der Front in Karelien begonnen hat.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bielefeld. — Druck und Verlag: Bielefelder Zeitung, Bielefeld. — Alle für die Redaktion bestimmten Aufsätze sind zu richten nach Bielefeld, Schillerstr. 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Abonnements an die Geschäftsstelle: Bielefelder Zeitung, Bielefeld. — Bielefeld, 30. August 1919.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie.

Wilo. Kremer, Herford, Radewigerstraße 15, Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Billige Preise.

Haarausfall, Schuppen usw.

beseitigt sicher

Ernst Weiß rationelle Haarkur.

— Dankschreiben über Heilerfolge zur Einsicht. —

Weiss Haarpflege

Viktoriastr. 10 Bielefeld Viktoriastr. 10.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—12, nachm. 2—7 Uhr.

Neue Bücher.

Sieben erschienen:

Eudendorff

Meine Kriegserinnerungen 1914—18. Halbleinband M. 30.—, Halblederband M. 42 50.

Biblische Kindererziehung

von Heinrich Dallmeyer.

3.—4. Auflage. Preis M. 4.50. Das Buch übertrifft turmhoch die meisten derartigen Erscheinungen und verdient, in Hunderttausenden Exemplaren verbreitet zu werden. Es gehört in die Hände aller Eltern. (Kreuz und Kraft)

In allernächster Zeit erscheint:

Mit Lettow-Vorbeck durch Afrika

von Dr. Ludwig Deppe.

Preis gebunden M. 16.—, gebunden M. 20.— Das über 500 Seiten umfassende mit reichem Bilder- und Kartenwerk versehene Werk enthält die ersten Dokumente über das Schicksal unserer heldenhaften Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika.

Ende September erscheint:

Hermann Stegemann

Geschichte des Krieges 3. Band.

Preis in Pappband M. 20.—, Halbleinband M. 24.— Zur Sicherung rechtzeitiger Lieferung bitten wir Bestellungen schon jetzt aufzugeben. Auf die vorgenannten Preise tritt ein Druckaufschlag von 10% hinzu.

Buchhandlung der Anstalt Bethel Bethel bei Bielefeld.

Die Evangelisch-soziale Schule

in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie vermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer, Jugendpfleger, Missionar, etc. oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Ob. Bielefeld
Gedebert a. M. und Herford a. M.
Gymnasium, Realgymnasium und
Anstalt für Blinden- und
Taubstummen.
Internat in 24 Familienhäusern.
Direktor: Prof. Dr. O. Kappeler
in Gedebert a. M.
Der Unterricht wird in beiden Anstalten,
Gedebert im besondern, Herford im
besondern, ohne Unterbrechung weiter-
geführt mit circa 400 Schülern und 60 Lehrern und Angestellten.

Der Deutsche Enttempler-Orden (1919)
verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderschaft, an-
wachen soll zunächst zu führen. Er bekämpft den schädlichen Ein-
fluß geistlicher Würden und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur
Hebung unserer Kultur. Sehr gewünschte Mitgliedschaft!
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein v. V. Sitz Bielefeld
bestrebt die Förderung der Volkserziehung und Volkswirtschaft auf christlich-
nationalen Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem
Gebiete tätigen Vereine sein, um dieselben zu unterstützen und
ihnen die besten Kräfte zu stellen.
Höhere Ausbildung erteilt Emil Hartwig, Dozent an der Evan-
gelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege
christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit
auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen
sind zu richten an **Pastor D. Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Evangel. soziales Frauenseminar

der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.
Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und
ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der inneren Mission und
sozialer Betätigung. Aufnahmefähigkeit 2 Jahre. Voraussetzungen: Vol-
lenbendes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Gymnasiums oder
Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kurses
15. September 1919. — Prospekte durch die Leitung.

W. Taubert
Bielefeld, Mittelmarktstrasse 4.
**Stahlwaren-
Spezialgeschäft**
Schleiferei u. Reparaturwerkstatt

Zurück

Zahnarzt Deutsch, Körnerstr. 1

Spezialist für Behandlung und Befestigung lockerer Zähne.

Laboratorium für Zahnersatz,
Kronen- und Brückenarbeiten.

Die Uhr

der Zukunft

ist die Leuchtuhr, weil sie auch
nachts die Zeit bequem er-
kennen läßt. Jede Uhr kann
nachträglich in meiner Werk-
statt mit Leuchtanordnung ver-
sehen werden.

Fritz Bückelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Zerrissene Strümpfe,

Wollne, Baumwollne, Seiden
Flügel werden schnellstens repara-
tiert bei

M. Jungblut
Altkirchstr. 29.

Fr. Worpel, Herford

Verkauft, Reparaturwerkstatt
Musikinstrumente
alles etc. etc.
Verkauft, Reparaturwerkstatt
alles etc. etc.

Süchenmädchen

bas eine Kuh zu melken versteht.
Fr. Grap Brüningshaus,
Werderh, Weh.

Mädchen

für Reinmachen, Putzen und
sonstige Arbeit sofort gesucht.
Buchhandlung der Anstalt Bethel.
Fr. Grap Brüningshaus,
Werderh, Weh.

Ich warne

alle künstliche und zerbrochene Zähne nicht wegzuerwerfen. Ich
kaufe dieselben in

**Bielefeld im Hotel Berliner Hof, Bahnhof-
straße 35, nur Montag, den 1. September.**

Nur ein Tag bleibe ich hier und zahle pro Zahn bis
M. 1.—, M. 2.—, M. 4.— und höher. Gebisse bis 200 M. —
Patin und Brennliste. Einkauf findet nur diesen Montag,
den 1. September, von vormittags 10 Uhr bis
5 Uhr nachmittags statt.